



Soziale Marktwirtschaft: Exportschlager oder Auslaufmodell?

Impulsrede zur Sozialen Marktwirtschaft, Berlin, 11.09.2018

Wirtschaftspolitischer Club Deutschland (WPCD) e.V.

Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest

1. Aktuelle Debatte über die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland

Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft stößt in Deutschland parteiübergreifend auf hohe Akzeptanz. Ein wichtiger Grund dafür liegt darin, dass die wirtschaftliche Erholung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg eng mit diesem wirtschaftspolitischen Konzept verbunden ist. Die breite Unterstützung für die Soziale Marktwirtschaft hat aber auch damit zu tun, dass der Begriff hinreichend vage ist. Befürworter staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft betonen, dass die Soziale Marktwirtschaft die ordnende Hand des Staates hervorhebt, Anhänger stärkerer Umverteilung stützen sich auf das ‚Soziale‘. Kritiker derartiger Eingriffe dagegen erinnern daran, dass in der Sozialen Marktwirtschaft ökonomische Entscheidungen an Märkten getroffen werden und dass man nur verteilen kann, was zuvor erwirtschaftet wurde.

Welche Bedeutung hat die Soziale Marktwirtschaft für Deutschland und Europa heute? Kritiker der bestehenden Verhältnisse in Deutschland behaupten immer wieder, die Soziale Marktwirtschaft sei ein Auslaufmodell, sie existiere gar nicht mehr, jedenfalls nicht in Deutschland. Diese Kritik kommt von zwei Seiten. Die eine Seite behauptet, dass die wirtschaftliche Ungleichheit in Deutschland so zugenommen habe, dass man nicht mehr von einer sozialen Marktwirtschaft sprechen könne.¹ Der Staat müsse dringend eingreifen, um Ungleichheit abzubauen. Die andere Seite vertritt dagegen die Auffassung, der Staat greife gerade im Bereich der Sozialpolitik bereits zu viel ein, die soziale Marktwirtschaft sei auf das Soziale reduziert worden.²

Diese Debatte wirft die Frage auf, ob das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzept der Sozialen Marktwirtschaft heute noch Relevanz hat. Das betrifft die herrschenden ökonomischen Zustände in Deutschland, die aktuelle Wirtschaftspolitik, letztlich aber auch die Frage, ob und wie die Politik in Deutschland dazu beitragen kann, dass die generell geteilten Ziele der Sozialen Marktwirtschaft angesichts aktueller Herausforderungen künftig weiterhin oder wieder erreicht werden können. Dazu gehören vor allem die fortschreitende Globalisie-

¹ So zitiert etwa der Tagesspiegel am 14.3.2016 den DIW-Präsidenten Marcel Fratzscher mit der Aussage: „Die Soziale Marktwirtschaft ist tot.“ Online verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/diw-chef-marcel-fratzscher-klagt-an-die-soziale-marktwirtschaft-ist-tot/13319260.html>.

² Der Titel eines Kommentars von Ralf Dieter Brunowski in der Welt vom 31.8.2018 lautete schlicht: „Ludwig Erhard ist tot.“ Online verfügbar unter: <https://www.welt.de/wirtschaft/bilanz/article181373726/Soziale-Marktwirtschaft-Ludwig-Erhard-ist-tot.html>. Gemeint ist, dass Ludwig Erhards Auffassungen über Wirtschaftspolitik und seine Warnungen vor einem Ausufern des Sozialstaats heute nicht mehr beachtet werden. Schuknecht und Zemanek (2018) verweisen auf den kontinuierlichen Anstieg der Sozialausgaben in Deutschland und anderen Ländern und warnen davor, dass Sozialausgaben andere Staatsausgaben verdrängen. Sie bezeichnen dieses Phänomen als ‚Soziale Dominanz‘.



rung der Wirtschaft, der wachsende Populismus, der sich unter anderem in Protektionismus niederschlägt, der Aufstieg Chinas und die Digitalisierung. Dazu später mehr.

2. Was ist Soziale Marktwirtschaft?

Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft geht zurück auf Alfred Müller-Armack, der dieses Konzept als wirtschaftspolitische Synthese aus den historischen Erfahrungen mit der Laissez-faire-Marktwirtschaft auf der einen und einer staatlich gelenkten Wirtschaft auf der anderen Seite betrachtete. „Wir sprechen von »Sozialer Marktwirtschaft«, um diese dritte wirtschaftspolitische Form zu kennzeichnen.“³ Müller-Armack spricht aber nicht von einer hybriden Wirtschaftsordnung, die Elemente der Lenkungswirtschaft und der Marktwirtschaft kombiniert. Er sieht allein die Marktwirtschaft als das tragende Gerüst dieser Wirtschaftsordnung. Aber es soll „eben keine sich selbst überlassene, liberale Marktwirtschaft, sondern eine bewußt gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft sein“⁴.

Diese Steuerung soll an zwei Punkten ansetzen: Das ist zum einen die Beschränkung von Marktmacht und der Schutz des Wettbewerbs im Interesse der Konsumenten und zum anderen der soziale Ausgleich. Soweit dieser soziale Ausgleich mit staatlichen Interventionen umgesetzt wird, sollen diese allerdings ‚marktgerecht‘ sein. Im Abschnitt 4 dieses Beitrags wird näher diskutiert, was damit gemeint ist.

In der praktischen Wirtschaftspolitik ist das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vor allem mit dem Namen Ludwig Erhards verbunden. Die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, das ‚Wirtschaftswunder‘, hat der Idee der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland zu großer Popularität verholfen. Erhard selbst hat immer wieder betont, dass es weniger die sozialpolitischen Eingriffe seien, sondern die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft und die Wirkung des Wettbewerbs, die dafür sorgen, dass Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten entsteht. In seinem Buch ‚Wohlstand für Alle‘ formulierte er das so:

„Der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ hat heute, und nicht einmal nur in Deutschland, Allgemeingültigkeit erlangt. Selbst die Gegner meiner Wirtschaftspolitik versperren sich dieser Formulierung nicht mehr. Eine Wirtschaftspolitik darf sich aber nur dann sozial nennen, wenn sie den wirtschaftlichen Fortschritt, die höhere Leistungsergiebigkeit und die steigende Produktivität dem Verbraucher schlechthin zugute kommen läßt.“⁵

Der von Ludwig Erhard beschriebene Konsens darüber, dass die Soziale Marktwirtschaft für Deutschland das richtige Wirtschaftssystem darstellt, besteht bis heute. Umstritten ist allerdings, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland heute noch das einlösen, was der Begriff verspricht: Wohlstand, soziale Sicherheit und Teilhabe für breite Bevölkerungsschichten zu gewährleisten.

³ Müller-Armack (1946/1990), S. 96.

⁴ Ebenda.

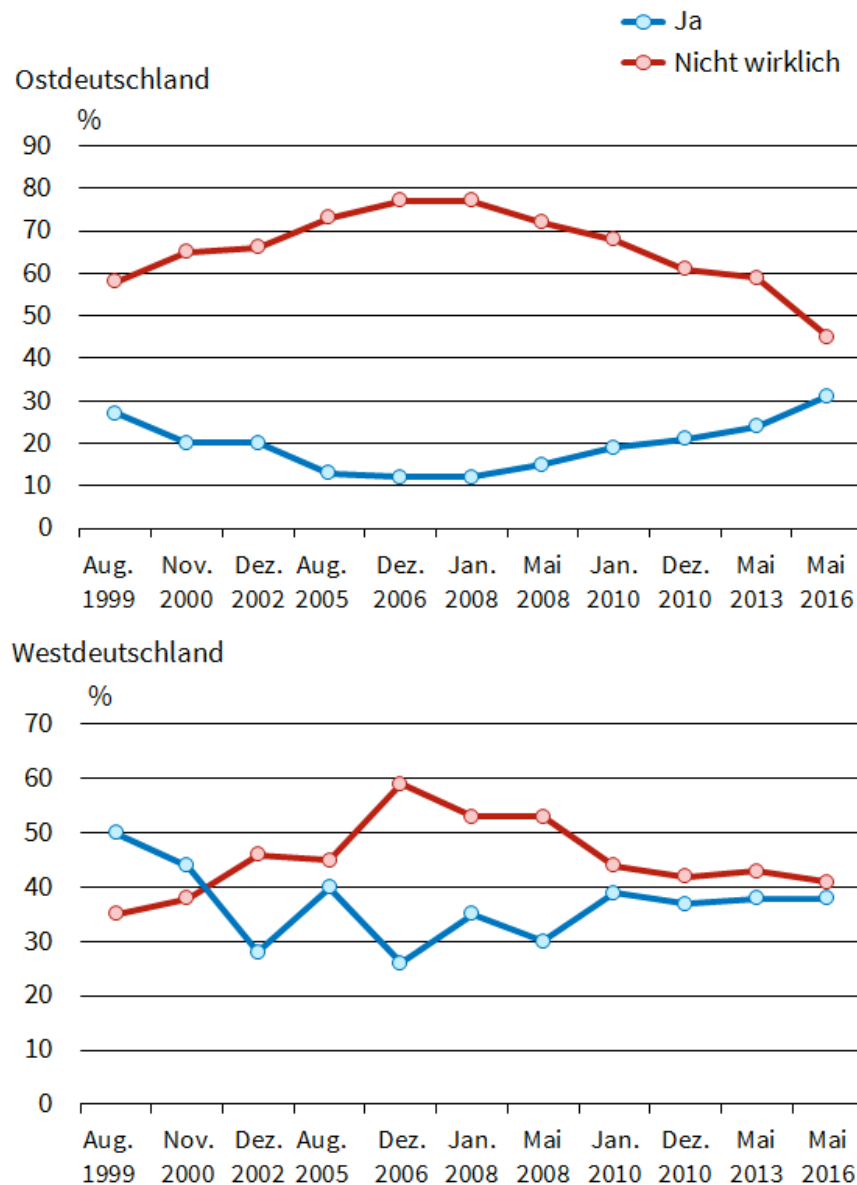
⁵ Erhard (1957), S. 159.



Abbildung 1:

Einschätzung zur Sozialen Marktwirtschaft

Frage: Würden Sie sagen, wir haben bei uns eine Soziale Marktwirtschaft, oder ist unsere Marktwirtschaft nicht wirklich sozial?



Die Befragungsergebnisse bis Mai 2008 sind in den "Allensbacher Jahrbüchern der Demoskopie" veröffentlicht; die neueren Daten wurden vom Institut freundlicherweise vorab zur Verfügung gestellt.

Quelle: Hampe (2018), Institut für Demoskopie Allensbach, Befragungen im Zeitraum 1999–2016.

© ifo Institut

Abbildung 1 gibt einen Überblick darüber, wie die Bevölkerung die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft im Hinblick auf das ‚Soziale‘ einschätzt, differenziert nach West- und Ostdeutschland. Es zeigt sich, dass die vorherrschenden Auffassungen über den Zustand der



Sozialen Marktwirtschaft in der Bevölkerung nicht konstant sind. Bis in die Mitte der 2000er Jahre wuchs sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland die Skepsis. Im Jahr 2006 war in beiden Landesteilen eine Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, dass die Marktwirtschaft in Deutschland nicht wirklich sozial sei, wobei die Kritik in Ostdeutschland größer war als die im Westen. Es ist sicherlich kein Zufall, dass dieser Zeitpunkt mit dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit in Deutschland zusammenfällt. Seitdem hat sich mit der Arbeitsmarktlage auch die Einschätzung des Wirtschaftssystems in Deutschland verändert. Heute ist die Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, dass die wirtschaftliche und soziale Situation in Deutschland die Bezeichnung Soziale Marktwirtschaft verdient.

Einschätzungen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage, wie sie sich in Umfragen zeigen, sind nicht immer kompatibel mit ökonomischen Fakten. Im folgenden Abschnitt werden einige ökonomischen Fakten und Indikatoren zur Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft dargestellt und diskutiert.

3. Soziale Marktwirtschaft in Deutschland: Fakten und Indikatoren zu Marktmacht und Ungleichheit

Die eingangs erwähnte These, die Soziale Marktwirtschaft habe in Deutschland keinen Bestand mehr, ist sicherlich weniger als eine präzise und empirisch belegbare Aussage über die herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse zu verstehen, sondern eher als Versuch, für Themen wie Beschränkungen des Wettbewerbs, Ungleichheit und nicht marktkonforme wirtschaftspolitische Interventionen Aufmerksamkeit zu erlangen. Dennoch ist es wichtig, diese Thesen zu präzisieren und sie anhand empirischer Fakten zu diskutieren. Die Breite des Themas und der beschränkte Platz in diesem Beitrag bedingen es, dass dies hier nur recht cursorisch, aber hoffentlich trotzdem erhellend geschieht.

3.1. Wettbewerb: Bedroht wachsende Marktmacht die Soziale Marktwirtschaft?

Die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs ist in einer Marktwirtschaft von grundlegender Bedeutung. Der Wettbewerb sorgt dafür, dass das Gewinnstreben des Einzelnen letztlich zu gesamtgesellschaftlich erwünschten Ergebnissen führt, vor allem dazu, dass die Verbraucher von wachsender Produktivität profitieren.⁶ Monopole und Kartelle schwächen meistens die wirtschaftliche Effizienz und untergraben die breite Teilhabe am Wohlstand.⁷ Die Internationalisierung der Wirtschaft und sinkende Kosten für Kommunikation und den Transport von Gütern sollten eigentlich dafür sorgen, dass der marktwirtschaftliche Wettbewerb zunimmt. Das ist jedoch nicht überall der Fall. Mit der fortschreitenden Digitalisierung der Wirtschaft und der wachsenden Bedeutung geistigen Eigentums für die Wertschöpfung nehmen Grö-

⁶ Das ist selbstverständlich keine spezifische Erkenntnis der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft, sondern eine grundlegende Einsicht der Wirtschaftstheorie, die auch in der modernen Wohlfahrtsökonomik fest etabliert ist (siehe hierzu etwa Harberger (1954)).

⁷ Adam Smith (1776/2007) hat seine Kritik an Kartellen so formuliert: „People of the same trade seldom meet together, even for merriment and diversion, but the conversation ends in a conspiracy against the public, or in some contrivance to raise prices“, ebenda, Book I, Chapter 10, S.105f. Während diese Passage oft zitiert wird, ist weniger bekannt, dass Adam pessimistisch war, was Möglichkeiten der Politik angeht, Kartelle zu verhindern. An gleicher Stelle schreibt er: „It is impossible indeed to prevent such meetings, by any law which...would be consistent with liberty and justice...But...the law...ought to do nothing to facilitate such assemblies.“, ebenda.



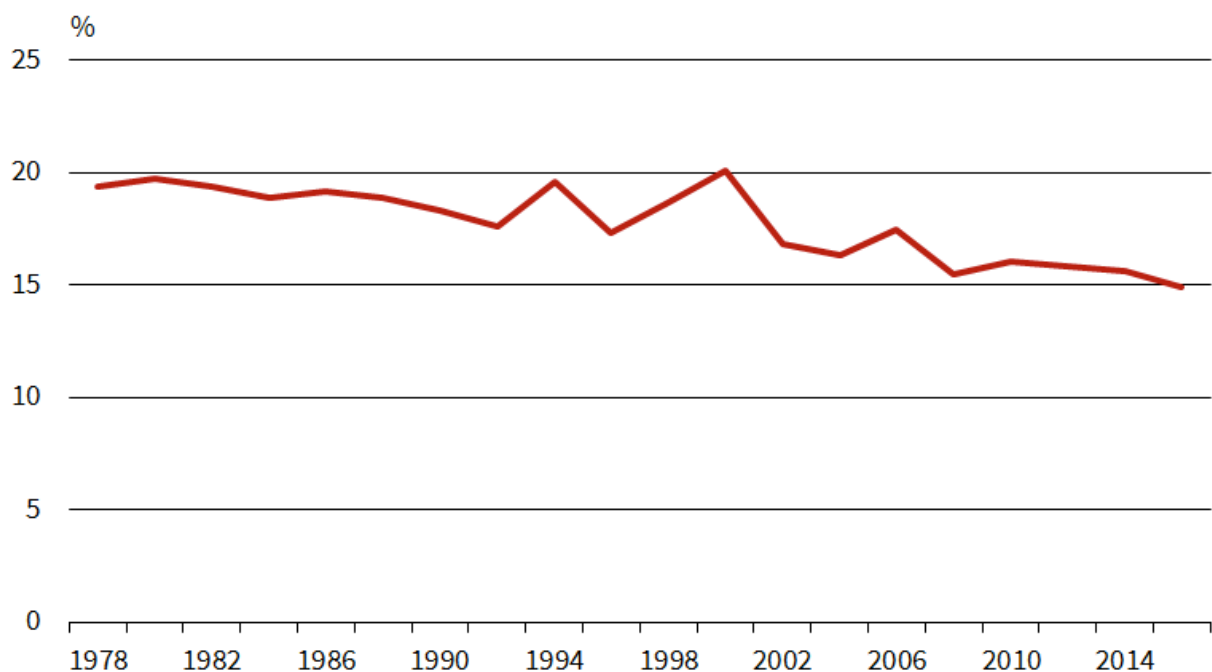
ßenvorteile und Netzwerkeffekte zu. Die von Algorithmen gestützte Preisgestaltung steht im Verdacht, den Wettbewerb zu beschränken.⁸

Aktuelle Untersuchungen für die USA kommen zu dem Ergebnis, dass die Intensität des Wettbewerbs in vielen Märkten in den letzten Jahren abgenommen hat. Diese Entwicklung treibt die Preise in die Höhe, erhöht die Einkommensungleichheit und ist für schleppende Investitionen und sinkendes Produktivitätswachstum mitverantwortlich.⁹ Diese Ergebnisse sind allerdings nicht ohne weiteres auf Europa übertragbar. Wie ist die Entwicklung beispielsweise in Deutschland?

Es gibt verschiedene Indikatoren für die Intensität des Wettbewerbs. Es ist naheliegend, mit dem Ausmaß an Unternehmenskonzentration, also dem Anteil der größten Unternehmen am Gesamtmarkt, zu beginnen. Abbildung 2 illustriert den Wertschöpfungsanteil der 100 größten Unternehmen in Deutschland an der gesamten Wertschöpfung. Dabei zeigt sich kein Anstieg, eher ein fallender Trend.

Abbildung 2:

Wertschöpfungsanteil der 100 größten Unternehmen in Deutschland (1978-2016)



Quelle: Monopolkommission (2018).

© ifo Institut

⁸ Siehe hierzu etwa Monopolkommission (2018), S. 68ff.

⁹ Vgl. Gutiérrez und Philippon (2016, 2017) und Gutiérrez (2017) sowie Autor et al. (2017).

Präsidium:

Präsidentin: Dr. Patricia Solaro

Vizepräsidenten: MP a.D. Dieter Althaus, Marc E. Kurtenbach, Gerrit Riemer

Generalsekretärin: Dr. Birgit Ortlieb, Schatzmeister: Andreas Luckow

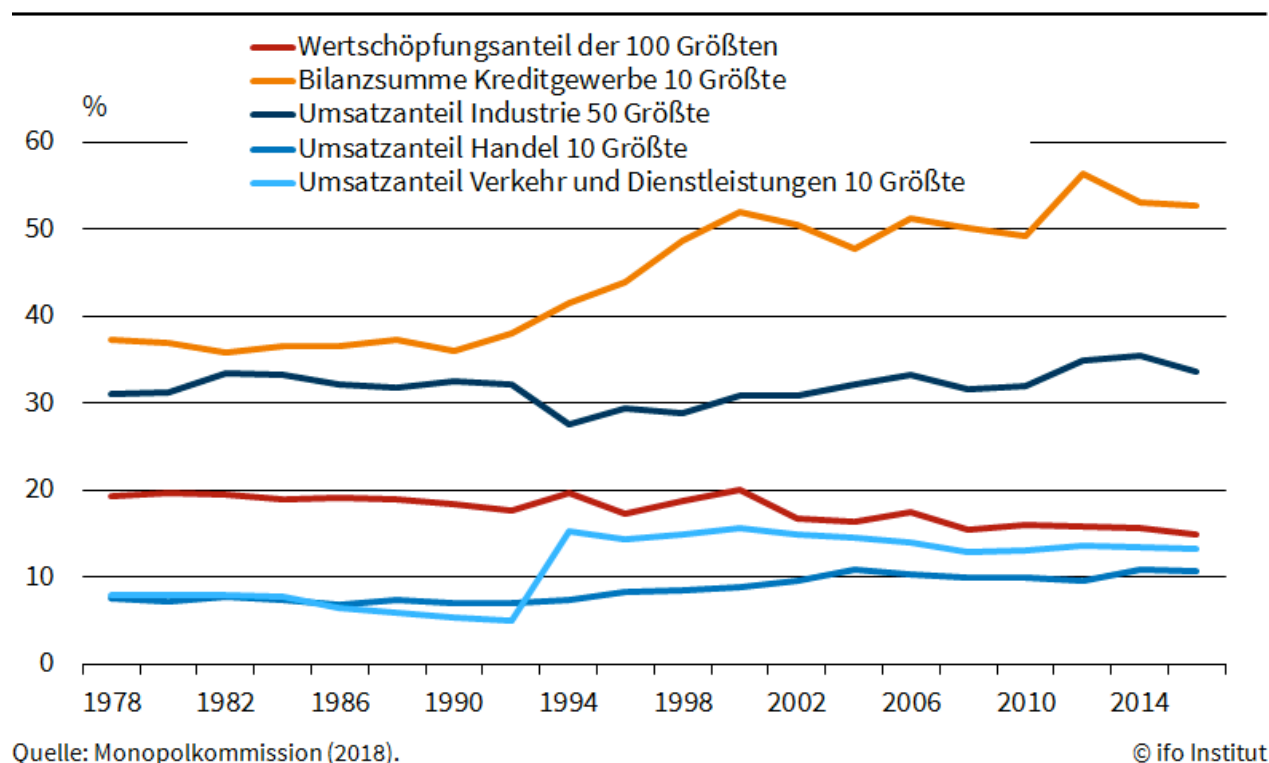
VR 20749 Amtsgericht Charlottenburg



Abbildung 3 betrachtet das Gewicht der größten Unternehmen in den wichtigsten Branchen in Deutschland. Im Kreditgewerbe zeigt sich ein deutlicher Trend zu mehr Konzentration. In den anderen Branchen weist hingegen das Gewicht der größten Unternehmen eine erstaunliche Stabilität auf. Von einem Trend hin zu allgemein wachsender Konzentration kann man angesichts dieser Zahlen nicht sprechen.

Abbildung 3:

Konzentration in Deutschland nach Branchen (1978-2016)



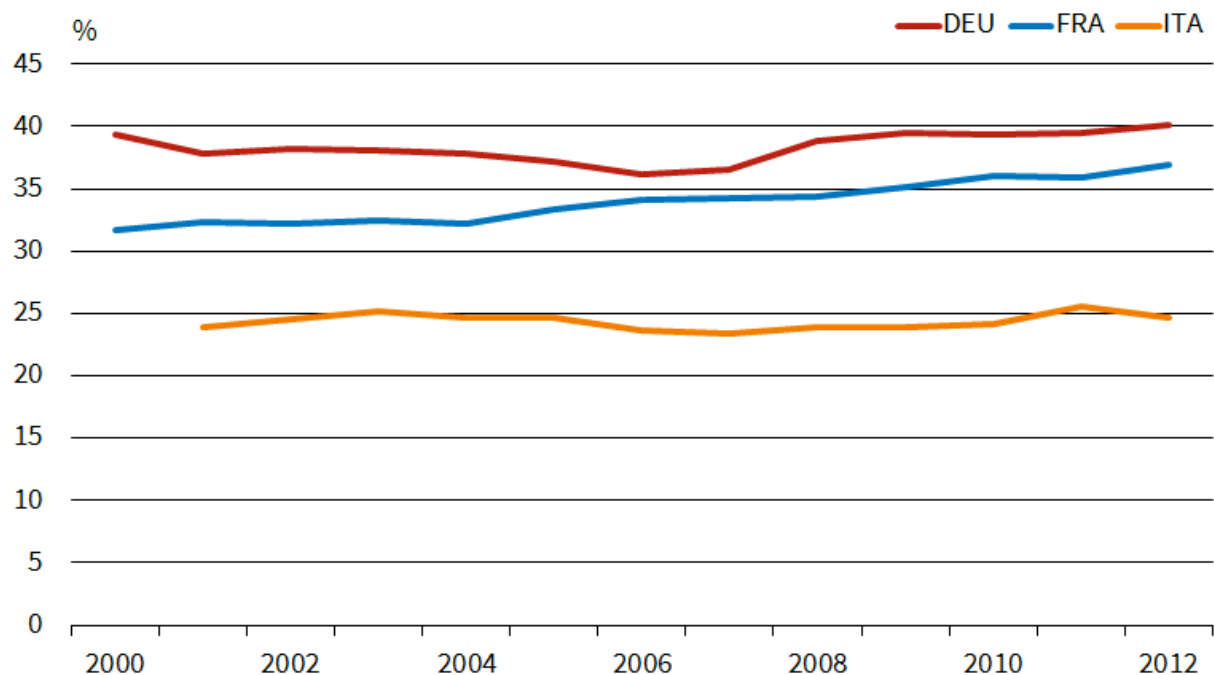
Wo steht Deutschland im internationalen Vergleich? Abbildung 4 vergleicht die Marktanteile der 10 größten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes für Deutschland, Frankreich und Italien. Dass die 10 größten deutschen Firmen einen Marktanteil von 40 Prozent erreichen, ist bemerkenswert. Hier wird aber auch deutlich, dass die genaue Abgrenzung der Branche und des betrachteten Marktes eine wichtige Rolle spielen. Entscheidend ist, dass in keinem der drei Länder ein Trend zu wachsender Konzentration vorliegt.



Abbildung 4:

Marktanteil der zehn größten Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe

Arithmetischer Mittelwert der Angaben für 22 Sektoren im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes



Quelle: Deutsche Bundesbank (2017).

© ifo Institut

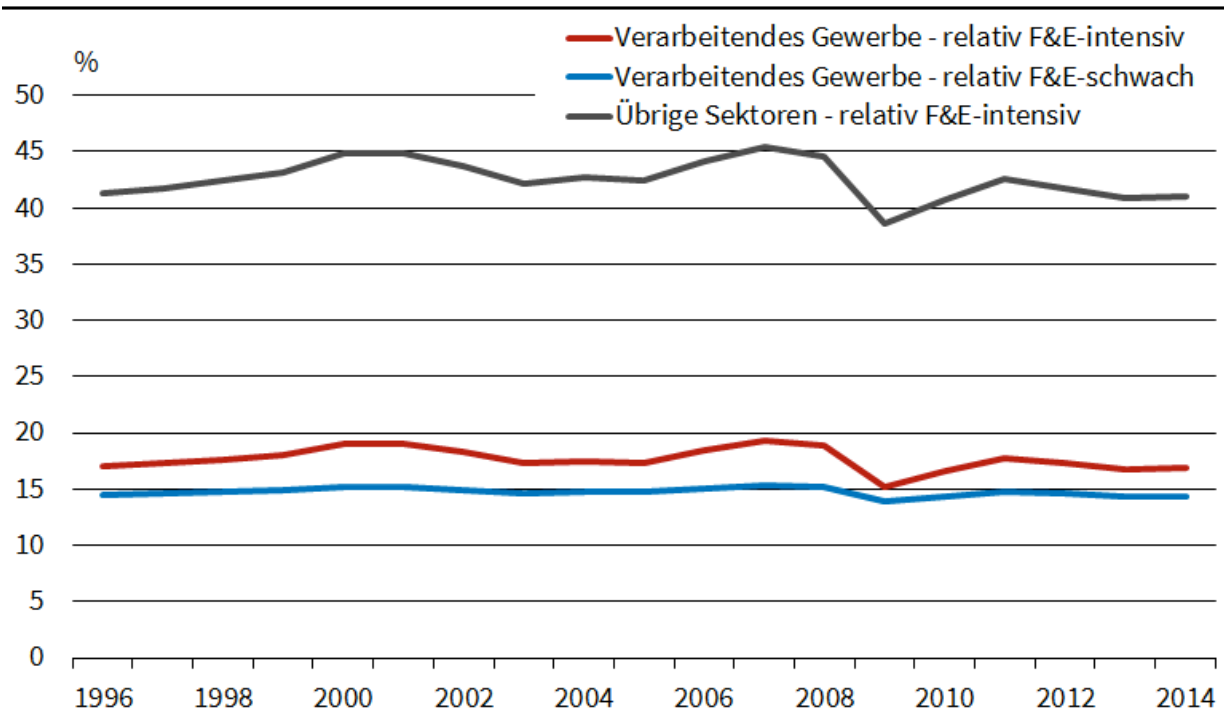
Unternehmensgrößen allein haben allerdings eine begrenzte Aussagekraft über die herrschende Wettbewerbsintensität. Denn für die Nutzung von Größenvorteilen ist es unerlässlich, große Unternehmen zu haben. Den Interessen der Verbraucher ist nicht gedient, wenn eine Zersplitterung der Unternehmen zwar die Marktmacht in engen Grenzen hält, aber ineffizient hohe Produktionskosten verursacht. Entscheidend ist, dass sich die Preise nicht allzu weit von den Produktionskosten entfernen. Hohe und wachsende Aufschläge auf Grenzkosten können ein Zeichen für abnehmenden Wettbewerb sein.¹⁰

¹⁰ Es ist allerdings auch denkbar, dass solche Entwicklungen durch Veränderungen in den Kostenstrukturen in Richtung höherer Fixkosten und sinkender variabler Kosten entstehen.



Abbildung 5:

Preisaufläge auf Grenzkosten



Quelle: Deutsche Bundesbank (2017).

© ifo Institut

Abbildung 5 illustriert Schätzungen der Deutschen Bundesbank zur Entwicklung der Grenzkostenaufschläge im Zeitraum von 1996 bis 2014 für verschiedene Unternehmenstypen. Wie man erwarten würde, sind die Differenzen zwischen Preisen und Grenzkosten in Unternehmen mit hohem Aufwand für Forschung und Entwicklung und daher hohen Fixkosten größer als bei Unternehmen mit niedrigeren Fixkosten. Ein allgemeiner Trend zu wachsenden Preisauflägen ist aber auch hier nicht sichtbar. In den letzten Jahren hat sich das Bild allerdings verändert. So weist die Monopolkommission (2018, S. 90 und 167ff) darauf hin, dass die Preisaufläge in Deutschland im Zeitraum von 2013 bis 2015 einen wachsenden Trend aufwiesen. Das geht einher mit steigenden Gewinnmargen. Ob diese Entwicklung sich fortsetzt und auf eine signifikante Veränderung in der Wettbewerbssituation hinweist, wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen.

Insgesamt legen die hier betrachteten Indikatoren die Schlussfolgerung nahe, dass von einem Verfall des Wettbewerbs zu Lasten der Konsumenten zumindest in den letzten zwei Jahrzehnten in Deutschland wenig zu sehen ist. Es gibt allerdings keine Garantie dafür, dass das so bleibt. Die Wettbewerbspolitik sollte aktuellen Hinweisen auf wachsende Preis-Grenzkosten-Margen sowie Gewinnmargen nachgehen und die weitere Entwicklung im Blick behalten. Außerdem wird vielfach befürchtet, dass Unternehmen mit digitalen und plattformbasierten Geschäftsmodellen an Marktmacht gewinnen und den Wettbewerb einschränken könnten. Diese Entwicklungen werden die Wettbewerbspolitik in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen. Bei alledem ist zu berücksichtigen, dass Marktmacht auch in der Sozialen Marktwirtschaft nicht in allen Fällen als schädlich betrachtet werden sollte. Innovationen

Präsidium:

Präsidentin: Dr. Patricia Solaro

Vizepräsidenten: MP a.D. Dieter Althaus, Marc E. Kurtenbach, Gerrit Riemer

Generalsekretärin: Dr. Birgit Ortlieb, Schatzmeister: Andreas Luckow

VR 20749 Amtsgericht Charlottenburg



führen notwendigerweise zu Marktmacht, und diese ist notwendig, um Anreize für Innovationen zu setzen.¹¹ Schädlich wird Marktmacht erst, wenn sie sich verfestigt und Innovationen, Produktivitätswachstum und Beschäftigung beeinträchtigt.

3.2. Ungleichheit: Ist die Soziale Marktwirtschaft nicht mehr „sozial“?

Probleme wachsender Ungleichheit von Einkommen und Vermögen haben in den letzten Jahren in der öffentlichen Debatte wachsende Aufmerksamkeit erhalten.¹² Über die Frage, welches Ausmaß an Ungleichheit mit dem Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft vereinbar ist, kann man ebenso unterschiedlicher Auffassung sein wie über die Frage, ob es sich dabei um Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen oder anderen Größen handelt, ob es sich um Ergebnis- oder Chancengleichheit dreht oder ob die Soziale Marktwirtschaft an Ungleichheit zu messen ist bzw. daran, was gegen Ungleichheit getan wird. Die folgenden Überlegungen konzentrieren sich die auf Einkommens- und Vermögensungleichheit, auf staatliche Umverteilungsaktivitäten und auf den Aspekt der Chancengleichheit. Außerdem werfen wir einen Blick auf die wirtschaftliche Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland und die Entwicklung der Ungleichheit unter den Regionen in ganz Deutschland.

Der wohl am häufigsten verwendete Indikator für wirtschaftliche Ungleichheit ist der Gini-Koeffizient¹³ der verfügbaren Einkommen. Hier geht es um das, was die Menschen nach Steuern, Abgaben und Transfers an Einkommen erhalten und für Konsum oder Sparen verwenden können. Abbildung 6 vergleicht die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen für die G7-Staaten für die Jahre 1995 (horizontale Achse) und 2015 (vertikale Achse). Hier werden die G7-Staaten betrachtet, weil diese Länder, was ihre Größe und ihren Entwicklungsstand angeht, gut mit Deutschland vergleichbar sind. Das sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich bei der Betrachtung anderer Ländergruppen ein anderes Bild ergeben kann.¹⁴

¹¹ Das Phänomen der Pioniergewinne und die Erosion dieser Gewinne durch Wettbewerb hat bereits Adam Smith (1776/2007) beschrieben: „The establishment of any new manufacture... is always a speculation...if the project succeeds [the profits - Anm. d. Verf.] are commonly at first very high...When the trade becomes well know...competition reduces them to the level of other trades.“, ebenda, Book I, Chapter 10, S. 94f..

¹² Eine große Rolle dabei hat das Buch von Thomas Piketty (2014) gespielt, dass wachsende Ungleichheit vor allem in den USA hervorhebt und die (sehr umstrittene) Prognose wagt, dass die Ungleichheit weiter wachsen wird, weil die Verzinsung von Kapital vor allem bei großen Vermögen seines Erachtens systematisch höher ist als das Wachstum der Arbeitseinkommen, von denen der größte Teil der Bevölkerung lebt.

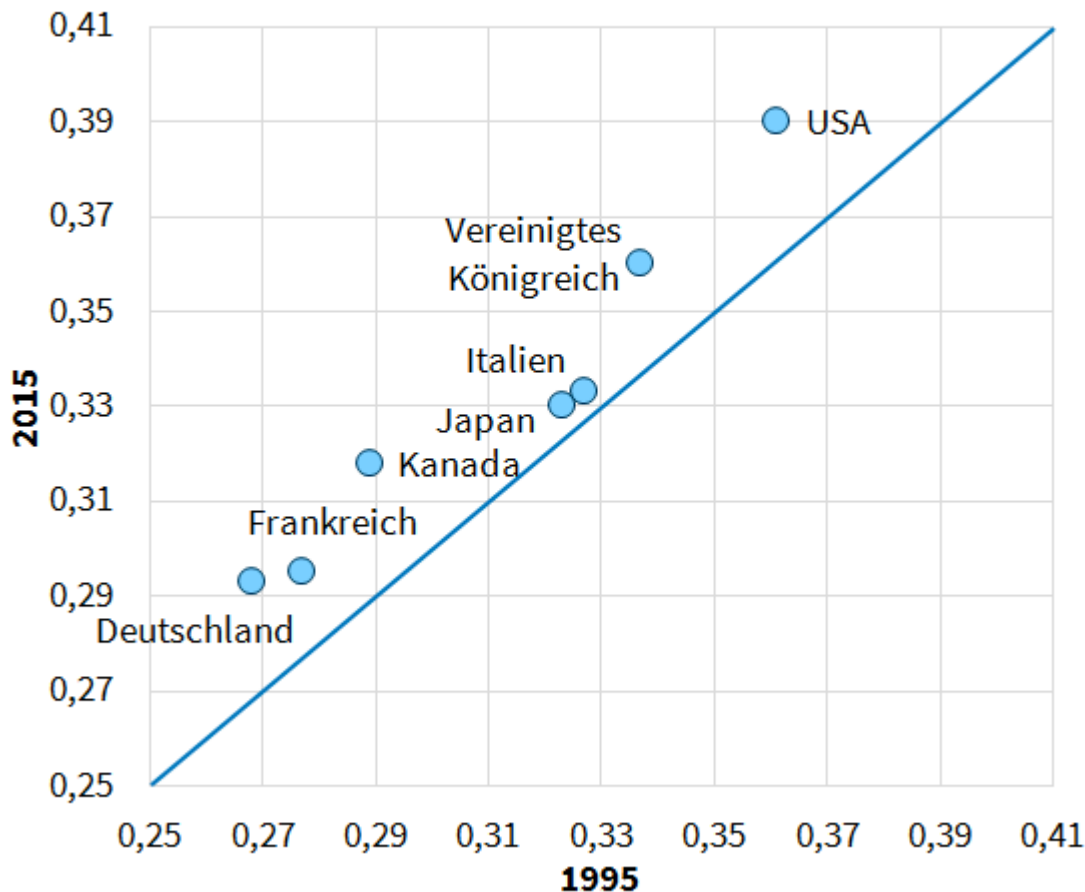
¹³ Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen Null und Eins annehmen, wobei ein Wert von Null maximale Gleichheit und ein Wert von Eins maximale Ungleichheit bedeutet.

¹⁴ Beispielsweise würde sich bei einem Vergleich Deutschlands mit den skandinavischen Staaten zeigen, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland höher ist.



Abbildung 6:

Gini Verfügbare Einkommen, 1995 und 2015 (G7-Staaten)



Quelle: OECD.

© ifo Institut

Wie hat sich die Einkommensungleichheit unter den G7-Staaten entwickelt, und wie unterscheiden sich die Länder untereinander? Erstens zeigt sich, dass alle Länder oberhalb der Winkelhalbierenden liegen. In allen G7-Staaten hat die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen zwischen 1995 und 2015 zugenommen. Zweitens ist die Einkommensungleichheit in Deutschland niedriger als in allen anderen G7-Staaten. Das war 1995 der Fall und ist es heute immer noch. Überhaupt ist es bemerkenswert, dass sich die Rangfolge der Ungleichheit innerhalb der betrachteten Ländergruppe in den letzten zwei Jahrzehnten nicht verändert hat.

Was unternimmt der Staat, um die Einkommensungleichheit, die sich am Markt ergibt, abzubauen? Ein einfacher Indikator dafür ist die Differenz zwischen dem Gini-Koeffizienten der Markteinkommen, also der Einkommen vor Steuern und Transfers, und dem Gini-Koeffizienten der verfügbaren Einkommen. Abbildung 7 illustriert diese Differenz für die G7-Staaten im Jahr 2015.

Präsidium:

Präsidentin: Dr. Patricia Solaro

Vizepräsidenten: MP a.D. Dieter Althaus, Marc E. Kurtenbach, Gerrit Riemer

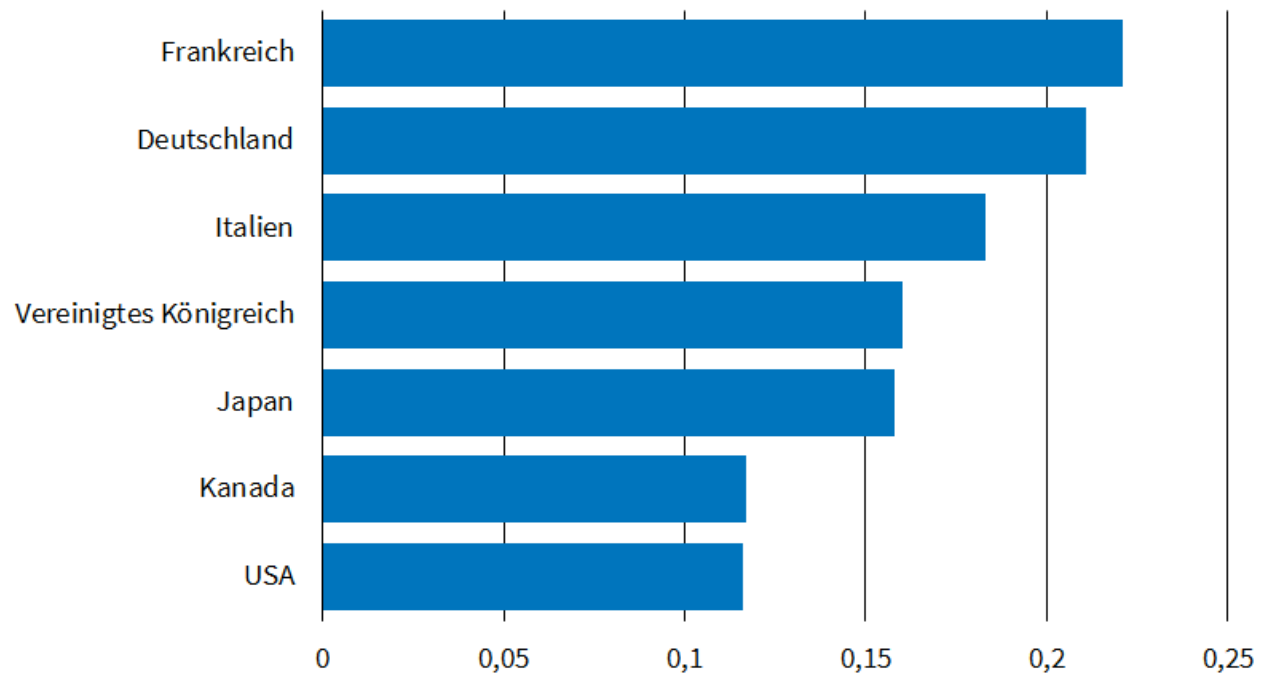
Generalsekretärin: Dr. Birgit Ortlieb, Schatzmeister: Andreas Luckow

VR 20749 Amtsgericht Charlottenburg



Abbildung 7:

**Gini-Differenz zwischen Markteinkommen und verfügbaren Einkommen, 2015
(G7-Staaten)**



Quelle: OECD.

© ifo Institut

Nach diesem Indikator ist die staatliche Einkommensumverteilung unter den G7-Staaten in Frankreich am stärksten ausgebaut, gefolgt von Deutschland. Ob man ein hohes Maß an Umverteilung für ein gutes oder schlechtes Zeichen hält, ist eine Frage der Perspektive. Auf der einen Seite kann man kritisieren, dass ein hohes Maß an Umverteilung eine hohe Einkommensungleichheit vor Steuern und Transfers reflektiert, auf der anderen Seite ist es lobenswert, dass staatliche Eingriffe die Ungleichheit stark reduzieren. Jedoch ist dies, sollte man befürchten, dass Steuern und Transfers Leistungsanreize hemmen, natürlich auch kritisch zu sehen.

Es ist aufschlussreich, die Veränderung in der Ungleichheit der verfügbaren Einkommen, der Markteinkommen und der Differenz aus beiden zwischen 1995 und 2015 zu betrachten (siehe Abbildung 8). Von der Sozialen Marktwirtschaft kann man erwarten, dass sie bei wachsender Ungleichheit der Markteinkommen einen Teil dieser wachsenden Ungleichheit abfedert, so dass die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen weniger stark zunimmt. Abbildung 8 zeigt, dass genau das in Deutschland passiert ist.

Das gilt jedoch nicht für alle G7-Staaten. In den USA entspricht der Anstieg der Markteinkommensungleichheit dem Anstieg der Ungleichheit der verfügbaren Einkommen, gemessen am absoluten Anstieg des Gini-Koeffizienten. Das staatliche Steuer- und Transfersystem hat hier nichts abgefedert. In Kanada und im Vereinigten Königreich ist die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen sogar stärker angestiegen als die Ungleichheit der Markteinkommen. Der Umverteilungsstaat hat sich hier deutlich zurückgezogen.

Präsidium:

Präsidentin: Dr. Patricia Solaro

Vizepräsidenten: MP a.D. Dieter Althaus, Marc E. Kurtenbach, Gerrit Riemer

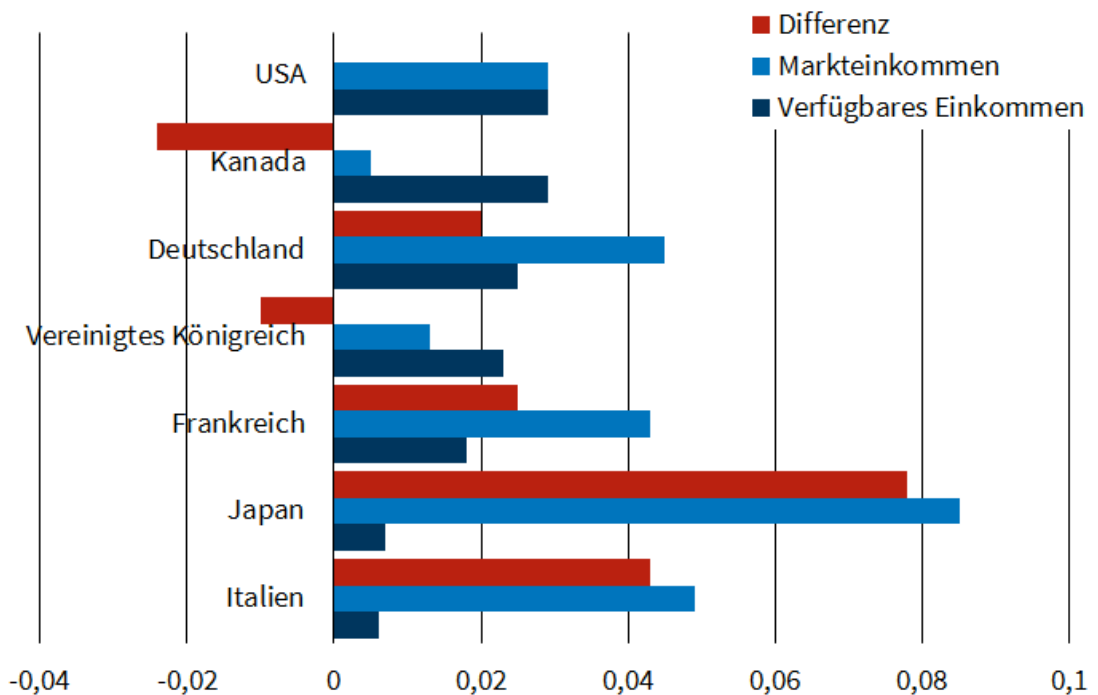
Generalsekretärin: Dr. Birgit Ortlieb, Schatzmeister: Andreas Luckow

VR 20749 Amtsgericht Charlottenburg



Abbildung 8:

Veränderung Gini 2015 gegenüber 1995
(G7-Staaten)



Quelle: OECD.

© ifo Institut

Diese Zahlen sprechen dafür, dass der Sozialstaat in Deutschland größer ist und mehr umverteilt als in anderen vergleichbaren Ländern, und dass er sich in den letzten zwei Jahrzehnten auch besser behauptet hat.

All dies ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland vor allem in den Jahren zwischen 1995 und 2005 zugenommen hat. Das wird auch deutlich, wenn man die Ränder der Einkommensverteilung betrachtet. Abbildung 9 zeigt, wie sich der Anteil der oberen und der unteren 20 Prozent der Bevölkerung am gesamten Nettoeinkommen entwickelt hat. Die kalkulatorische Miete aus selbst genutztem Wohneigentum wird hier den Einkommen hinzugerechnet.

Präsidium:

Präsidentin: Dr. Patricia Solaro

Vizepräsidenten: MP a.D. Dieter Althaus, Marc E. Kurtenbach, Gerrit Riemer

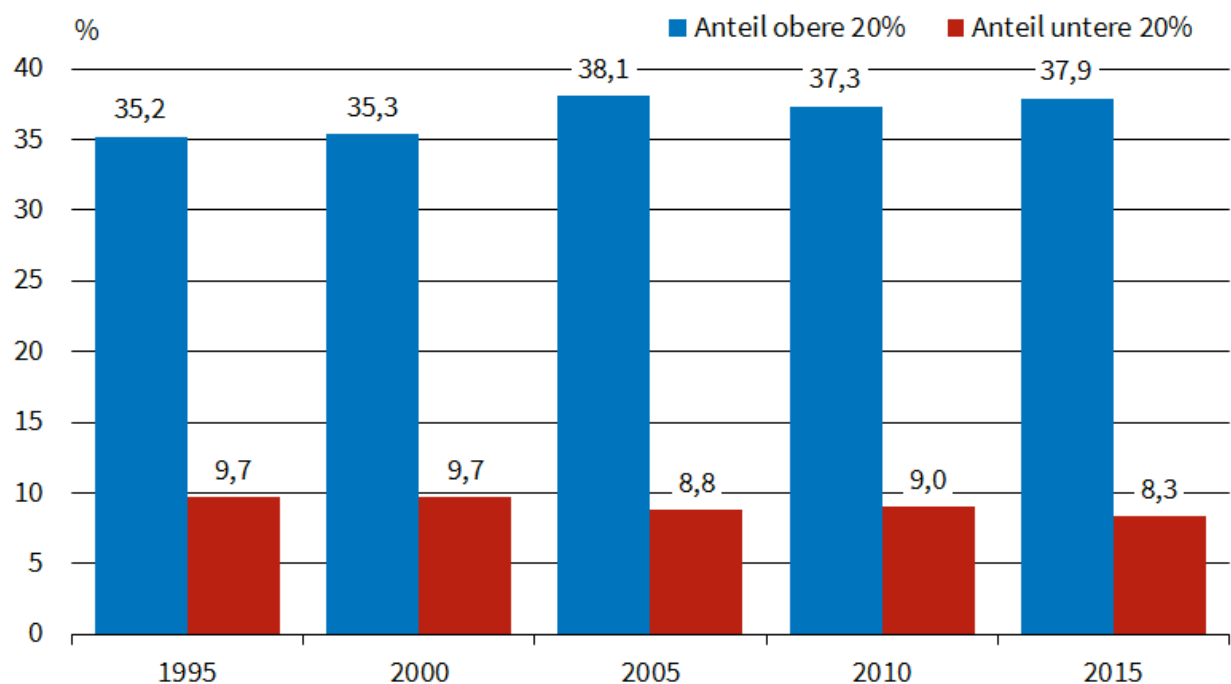
Generalsekretärin: Dr. Birgit Ortlieb, Schatzmeister: Andreas Luckow

VR 20749 Amtsgericht Charlottenburg



Abbildung 9:

Einkommensanteil der oberen und unteren 20% (Nettoäquivalenzeinkommen und inkl. selbst genutztes Wohneigentum)



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017).

© ifo Institut

Es zeigt sich, dass der Anteil der oberen 20 Prozent im Jahr 2005 ein Maximum erreicht und seitdem ungefähr stabil ist. Der Einkommensanteil der unteren 20 Prozent sinkt dagegen und war 2015 noch einmal etwas niedriger als im Jahr 2005. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Deutschland in diesem Zeitraum eine erhebliche Zuwanderung zu verzeichnen hatte. Die meisten der Zuwanderer befinden sich in den unteren Einkommensbereichen. Das ist einer von mehreren Gründen dafür, dass es sich bei den unteren 20 Prozent des Jahres 1995 nicht um den gleichen Personenkreis handelt wie im Jahr 2015.

Wie verhält es sich mit der Vermögensungleichheit? Hier ist die Datenverfügbarkeit schlechter als bei den Einkommen. Daten zur Vermögensverteilung beruhen wie Daten zur Einkommensverteilung in der Regel auf Umfragen. Dabei sind falsche oder unvollständige Angaben beim Vermögen häufiger als beim Einkommen. Das liegt unter anderem daran, dass für viele Vermögensgegenstände keine Marktwerte verfügbar sind und bestimmte Vermögen, beispielsweise Renten- und Pensionsansprüche, nicht erfasst werden. Nach den verfügbaren Daten sind die Durchschnittsvermögen in Deutschland im internationalen Vergleich eher gering und sehr ungleich verteilt, wie Abbildung 10 illustriert.

Präsidium:

Präsidentin: Dr. Patricia Solaro

Vizepräsidenten: MP a.D. Dieter Althaus, Marc E. Kurtenbach, Gerrit Riemer

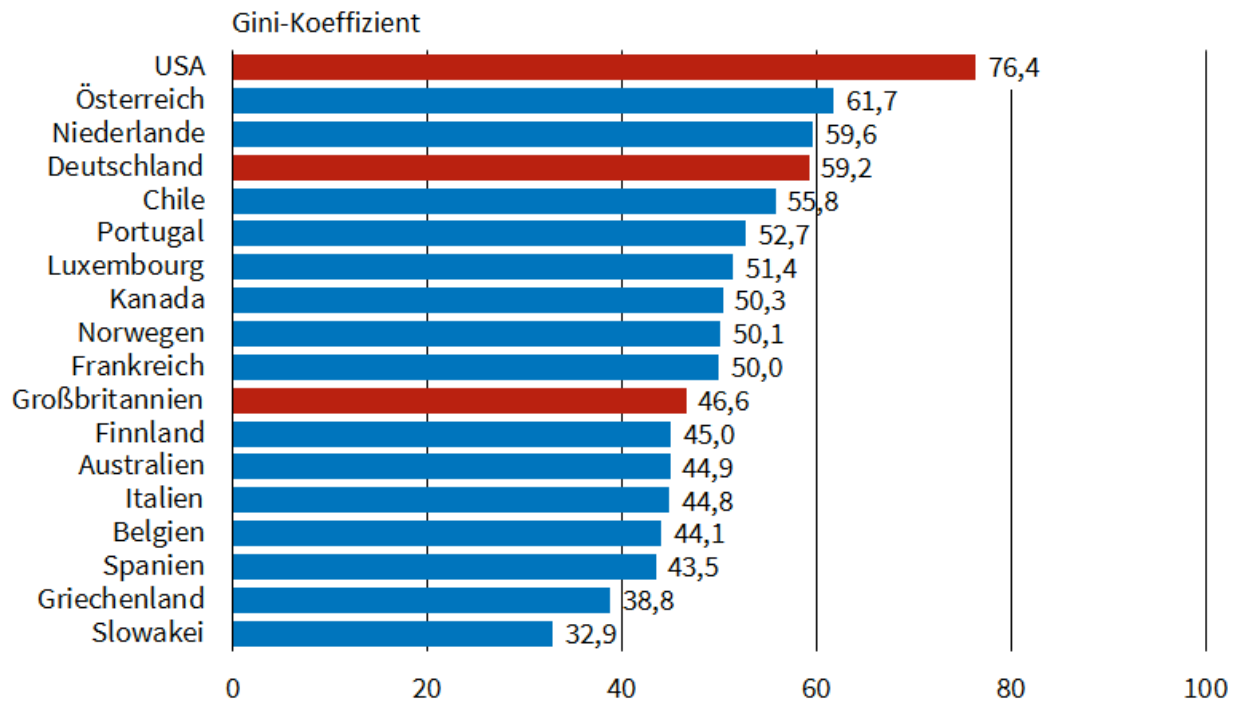
Generalsekretärin: Dr. Birgit Ortlieb, Schatzmeister: Andreas Luckow

VR 20749 Amtsgericht Charlottenburg



Abbildung 10:

Vermögensungleichheit 2010



Quelle: OECD.

© ifo Institut

Bislang haben wir uns auf Momentaufnahmen der Einkommens- und Vermögensverteilung und damit auf so etwas wie Ergebnisungleichheit konzentriert. In der Debatte über Ungleichheit spielt aber der Aspekt der Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit eine zentrale Rolle. Chancengleichheit ist deutlich schwerer zu messen als Ergebnisgleichheit. Es gibt sehr unterschiedliche Konzepte zur Messung von Chancengleichheit. Abbildung 11 zeigt, wie sich die Chancenungleichheit, gemessen an ‚Inequality of Opportunity‘, in Deutschland entwickelt hat. Dieser Indikator gibt an, welcher Anteil der vorliegenden Einkommensungleichheit auf andere Faktoren – sog. Umstandsvariablen wie beispielsweise Ausbildungsstand der Eltern, Körpergröße oder den Wohnort zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung (Ost oder West) – zurückzuführen ist. Je stärker die bestehende wirtschaftliche Ungleichheit durch diese Faktoren bestimmt wird, desto geringer ist die Chancengleichheit.

Es zeigt sich, dass in Westdeutschland die Chancenungleichheit bis Mitte der 2000er Jahre zugenommen hat und seitdem wieder sinkt. Hier spielt, wie im Fall der Einkommensungleichheit, die Arbeitsmarktentwicklung eine wichtige Rolle. In Ostdeutschland hat der Aufholprozess der Wirtschaft in den Neuen Bundesländern in den 1990er Jahren auch die gemessene Chancenungleichheit reduziert. Seitdem ist kein klarer Abwärts- oder Aufwärtstrend erkennbar.

Präsidium:

Präsidentin: Dr. Patricia Solaro

Vizepräsidenten: MP a.D. Dieter Althaus, Marc E. Kurtenbach, Gerrit Riemer

Generalsekretärin: Dr. Birgit Ortlieb, Schatzmeister: Andreas Luckow

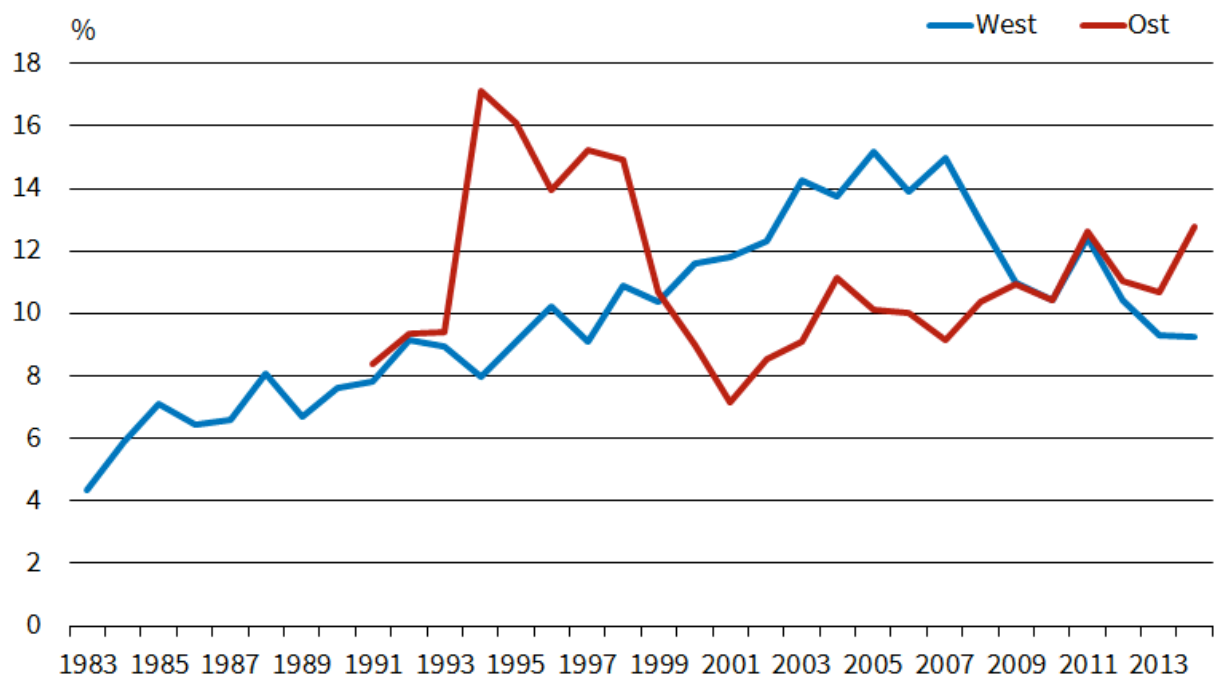
VR 20749 Amtsgericht Charlottenburg



Abbildung 11:

Chancenungleichheit in West- und Ostdeutschland

(Inequality of Opportunity: Wie viel Prozent der Ungleichheit werden durch externe Faktoren erklärt?)



Quelle: Peichl et al. (2017).

© ifo Institut

Um ein angemessenes Bild der Chancengleichheit zu gewinnen, sollte man weitere Indikatoren heranziehen, darunter die Jugendarbeitslosigkeit und die Aufstiegschancen, die das Schulsystem bieten. Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist im internationalen Vergleich gering¹⁵, was unter anderem auf das System der dualen Ausbildung zurückzuführen ist. Es bietet Menschen aus allen sozialen Schichten berufliche Chancen. Das deutsche Schulsystem gilt im internationalen Vergleich hingegen als weniger ‚durchlässig‘. Der Schulerfolg hängt mehr als in vielen anderen Ländern vom Elternhaus ab. Über Reformen in diesem Bereich wird in Deutschland seit Jahren diskutiert, mit begrenztem Erfolg.¹⁶ Abschließend soll ein anderer Aspekt der Einkommensverteilung betrachtet werden: die Entwicklung regionaler Einkommensdisparitäten. In Deutschland wird dieser Aspekt vorrangig mit Blick auf die wirtschaftliche Konvergenz zwischen Ost und West diskutiert. Abbildung 12 illustriert den wirtschaftlichen Aufholprozess der ostdeutschen Bundesländer gegenüber dem Westen. Dieser Aufholprozess verlief in den Jahren direkt nach der deutschen Wiedervereinigung zügig. Um das Jahr 2000 herum hat der Aufholprozess sich verlangsamt. Seitdem verkleinert sich die Lücke in der Wirtschaftskraft zwischen Ost und West nur noch sehr langsam.

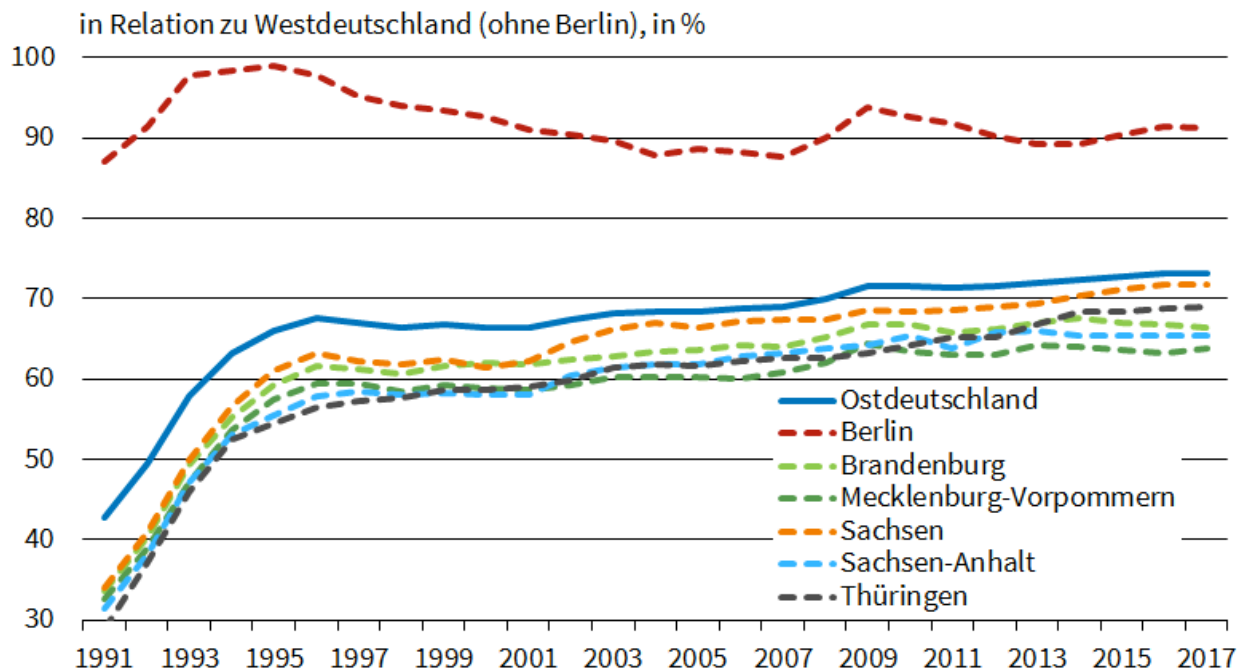
¹⁵ Vgl. Eurostat (2018).

¹⁶ Siehe dazu etwa Schütz und Wößmann (2005).



Abbildung 12:

Entwicklung des BIP pro Kopf



Quelle: VGRdL (2018).

© ifo Institut

Regionale Disparitäten sind allerdings nicht nur ein Thema, das im Kontext des deutschen Wiedervereinigungsprozesses diskutiert wird. Auch in Westdeutschland existieren erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen.

Präsidium:

Präsidentin: Dr. Patricia Solaro

Vizepräsidenten: MP a.D. Dieter Althaus, Marc E. Kurtenbach, Gerrit Riemer

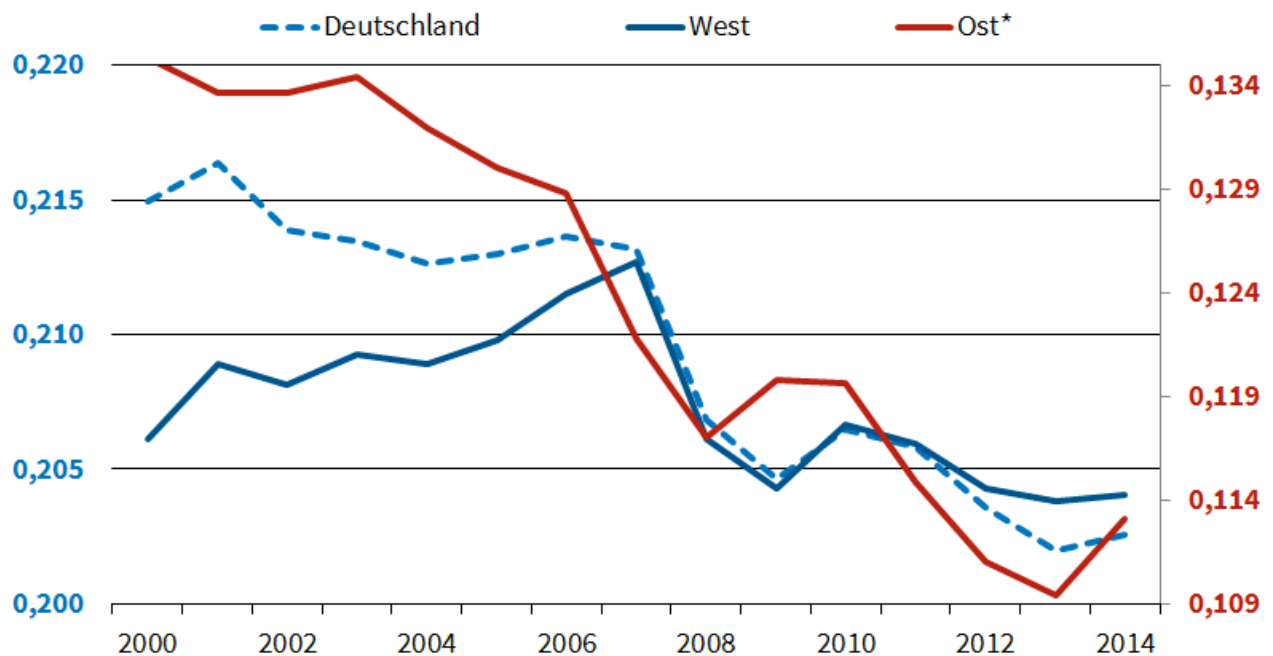
Generalsekretärin: Dr. Birgit Ortlieb, Schatzmeister: Andreas Luckow

VR 20749 Amtsgericht Charlottenburg



Abbildung 13:

Gini-Koeffizienten der regionalen BIP-pro-Kopf-Ungleichheit in Deutschland



*Ost: rechte Skala; enthält Westberlin. NUTS-3-Ebene (Kreise und kreisfreie Städte).

Quelle: Eurostat, Braml und Felbermayr (2018).

© ifo Institut

Die Auffassung ist weit verbreitet, dass sich die deutschen Regionen zunehmend unterschiedlich entwickeln und Ballungszentren boomen während ländliche Regionen immer mehr abgehängt werden. Das entspricht nicht der Realität. Es gibt durchaus Regionen, die sich seit vielen Jahren wirtschaftlich erheblich schlechter entwickeln als der Durchschnitt, aber insgesamt gehen zumindest die am Pro-Kopf-Einkommen gemessenen regionalen Disparitäten zurück, wie Abbildung 13 illustriert. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Betrachtung des Pro-Kopf-Einkommens divergente Entwicklungen insofern unterzeichnet als Wanderungsbewegungen zu einem Anwachsen der Bevölkerung und damit der aggregierten Wirtschaftskraft in Boomregionen führen, was sich im Pro-Kopf-Einkommen nicht direkt niederschlägt.

Insgesamt zeigt sich, dass die wirtschaftliche Ungleichheit in Deutschland im internationalen Vergleich eher moderat ausfällt. Das gilt stärker für verfügbare Einkommen als für Vermögen. Vorliegende Zahlen über Vermögensungleichheit relativieren sich allerdings insofern als Vermögensaufbau zur Absicherung weniger dringend ist, wenn diese Absicherung durch einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat und umfangreichen Mieterschutz gewährleistet wird wie es in Deutschland der Fall ist.

Gleichzeitig ist festzuhalten, dass der in den meisten Industriestaaten beobachtbare Trend hin zu wachsender Einkommensungleichheit auch in Deutschland sichtbar ist. Das gilt vor allem für den Zeitraum zwischen 1995 und 2005. Die positive Wirtschaftsentwicklung, insbesondere die sinkende Arbeitslosigkeit, hat in den vergangenen zehn Jahren ein weiteres Anwachsen der Einkommensungleichheit verhindert. Von einer Trendumkehr kann man aber

Präsidium:

Präsidentin: Dr. Patricia Solaro

Vizepräsidenten: MP a.D. Dieter Althaus, Marc E. Kurtenbach, Gerrit Riemer

Generalsekretärin: Dr. Birgit Ortlieb, Schatzmeister: Andreas Luckow

VR 20749 Amtsgericht Charlottenburg



nicht sprechen. Jedoch ist davon auszugehen, dass wirtschaftliche Veränderungen, wie die trotz der aktuellen Handelskonflikte fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft und der technische Wandel, das Einkommensgefälle zwischen hoch und weniger hoch qualifizierter Arbeit weiter wachsen lassen wird. Gleichzeitig wird der demographische Wandel die sozialen Sicherungssysteme unter erheblichen Druck setzen. All das spricht dafür, dass Debatten über Fragen der Einkommensverteilung sich in den nächsten Jahren intensivieren werden.

4. Werden wirtschaftspolitische Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft heute noch beachtet? Die Beispiele Wohnungspolitik und Mindestlohn

In der Debatte über den Zustand Sozialen Marktwirtschaft spielen nicht nur Wettbewerb und Wohlstandsverteilung eine Rolle, sondern auch die Entwicklung der Wirtschaftspolitik selbst. Häufig wird beklagt, die aktuelle Wirtschaftspolitik habe sich von den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft entfernt. Diese These setzt voraus, dass es so etwas wie eine bestimmte Wirtschaftspolitik gibt, die zur Sozialen Marktwirtschaft passt oder sie charakterisiert. Tatsächlich bestehen sehr unterschiedliche Auffassungen darüber, welche Formen von Wirtschaftspolitik mit dem Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft vereinbar sind. Auch die ‚Erfinder‘ der Sozialen Marktwirtschaft, Autoren wie Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard, haben hier sehr unterschiedliche Akzente gesetzt.

Die sehr systematischen Überlegungen von Alfred Müller-Armack zu wirtschafts- und sozialpolitischen Eingriffen sind allerdings bis heute relevant und beachtenswert. Für ihn war vor allem der Aspekt der Marktkonformität wirtschaftspolitischer Interventionen wichtig. Marktkonformität bedeutet, dass die Wirtschaftspolitik, wenn sie zu Gunsten bestimmter Gruppen umverteilen will, möglichst nicht in Prozesse der Preisbildung eingreifen, sondern ihre Ziele auf andere Weise verfolgen sollte. Müller-Armack (1946/1990) formulierte das so:

„Ohne Zweifel führt die marktwirtschaftliche Einkommensbildung zu Einkommensverschiedenheiten, die uns sozial unerwünscht erscheinen. Darüber, daß sie ausgeglichen werden sollen, besteht zwischen Lenkungs- und Marktwirtschaft keine Meinungsverschiedenheit, wohl aber über die spezifisch anzuwendende Methode. Gegenüber sozialpolitischen Eingriffen, die die Preisbildung selbst berühren, scheint es richtiger zu sein, einen direkten Einkommensausgleich zwischen hohen und niedrigen Einkommen durch eine unmittelbare Einkommensumleitung vorzunehmen.“¹⁷

Diese Position ist nicht vereinbar mit vielen Eingriffen, mit denen die aktuelle Wirtschaftspolitik ihre Ziele verfolgt, beispielsweise der Mietpreisbremse oder dem Mindestlohn. Tatsächlich hat sich Müller-Armack (1946/1990) zu genau diesen beiden Politikbereichen geäußert. Bei der Wohnungspolitik ist sein Urteil klar:

„Wenn auf dem Weg der Besteuerung die höheren Einkommen gekürzt und die einlaufenden Beträge etwa in Form von direkten Kinderbeihilfen, Mietzuschüssen, Wohnungsbauzuschüssen weitergeleitet werden, liegt geradezu der Idealfall eines marktgerechten Eingriffes vor.

So wird etwa durch die Mietzuschüsse die Nachfrage und Rentabilität von Kleinwohnungen erhöht. Derartige direkte Subventionen haben den Vorzug größerer Klarheit und machen eine Kontrolle möglich, daß der soziale Schutz nur wirklich Bedürftigen zukommt.“¹⁸

¹⁷ Müller-Armack (1946/1990), S. 119.

¹⁸ Ebenda.



Dass diese Positionen bis heute relevant sind, zeigt die aktuelle Debatte über die Wohnungspolitik. In seinem aktuellen Gutachten „Soziale Wohnungspolitik“ empfiehlt der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, die Mietpreisbremse ersatzlos zu streichen, weil sie Wohnraum verknappt, den Sozialen Wohnungsbau zurückzufahren, weil die Fehlbelegung zu hoch ist, und stattdessen das Wohngeld zu erhöhen.¹⁹ Müller-Armack hätte es vermutlich genau so gesehen.

Im Fall der Lohnpolitik ist die Position Müller-Armacks weniger eindeutig. Zum einen warnt er deutlich vor staatlichen Eingriffen in die Lohnbildung:

„Die Methodik eines solchen sozialpolitischen Vorgehens können wir uns wohl am leichtesten klarmachen, wenn wir feststellen, welche sozialpolitischen Eingriffe mit einer Marktwirtschaft nicht verträglich sind. Es ist dies die Form einer Lohnsicherung, die über eine allgemeine Preisfixierung und durch eine bewußt von der Grenzproduktivität der Arbeit abweichende Festsetzung des Lohnsatzes dessen Höhe entgegen den Markttendenzen zu behaupten sucht.“²⁰

Dann argumentiert er allerdings, dass Mindestlöhne unter bestimmten Bedingungen doch zulässig seien:

„Der Übergang zu einer marktwirtschaftlichen Lohnpolitik bedeutet keineswegs, daß auf alle lohnpolitischen Bindungen verzichtet werden müßte. Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindestlohnhöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohnes hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden. Auch in Zeiten eines plötzlichen Arbeitsüberangebotes, das, wie es gegenwärtig der Fall ist, strukturell noch nicht absorbiert wurde, ist ein gewisser Lohnschutz sinnvoll, der nur in Zeiten annähernder Vollbeschäftigung gelockert werden kann.“²¹

So können also Gegner und Befürworter gesetzlicher Mindestlöhne sich auf Müller-Armacks Thesen in seiner für die Soziale Marktwirtschaft grundlegenden Schrift berufen, wenn sie nur selektiv genug zitieren. Freilich wird man heute die Berufung auf Meinungen der geistigen Väter oder Mütter der Sozialen Marktwirtschaft allein nicht als hinreichende Argumente in der wirtschaftspolitischen Debatte ansehen. Evidenzbasierung, also das Untermauern wirtschaftspolitischer Positionen mit Daten und Fakten, wird zumindest von wissenschaftlicher Seite und wachsenden Teilen der staatlichen Administration als entscheidend betrachtet. In der öffentlichen Debatte hat sorgfältiger Umgang mit empirischen Erkenntnissen einen schweren Stand, aber auch dort gewinnt Evidenzbasierung an Gewicht.²²

5. Ausblick: Herausforderungen für die Zukunft

Die Wirtschaftspolitik in Deutschland ist nach wie vor den Zielen der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet. Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten sowie soziale Absicherung zu erreichen, macht es allerdings erforderlich, immer wieder auf Veränderungen in den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu reagieren. Der technische Wandel und die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft werden den Trend zu divergierenden Einkommen zwischen hoch und niedrig qualifizierter Arbeit sowie zwischen Arbeit und bestimmten

¹⁹ Vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2018), S. 30.

²⁰ Müller-Armack (1946/1990), S. 118f.

²¹ Müller-Armack (1946/1990), S. 119.

²² Siehe dazu Boockmann et al. (2014).



Formen von Kapital voraussichtlich weiter verschärfen. Der demographische Wandel wird unsere Sozialstaaten massiv belasten. Die Digitalisierung stellt die Wettbewerbspolitik vor neue Herausforderungen. Gerade in Europa ist die Sorge verbreitet, dass Unternehmen mit digitalen Geschäftsmodellen, wie Amazon oder Google, immer mehr an Marktmacht gewinnen werden. Den Wettbewerb im Interesse der Verbraucher und der Wirtschaft insgesamt aufrechtzuerhalten, ist eine der großen Herausforderungen der Zukunft.

Eine andere, nicht minder bedeutende Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft liegt im Aufstieg und wirtschaftlichen Erfolg Chinas. Mit dem Staatskapitalismus Chinas ist nicht nur der deutsch geprägten Sozialen Marktwirtschaft, sondern den von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geprägten westlichen Marktwirtschaften insgesamt, eine ernsthafte Konkurrenz erwachsen. Die Konkurrenz dieser beiden Wirtschaftssysteme habe ich an anderer Stelle als ‚Dritten Systemwettbewerb‘ charakterisiert.²³ Den ersten Systemwettbewerb, den Wettbewerb mit den Zentralverwaltungswirtschaften Osteuropas, haben die Marktwirtschaften westlichen Typs klar für sich entschieden. Mit dem zweiten Systemwettbewerb ist die Konkurrenz unter den westlichen Marktwirtschaften um die Ansiedlung international mobiler wirtschaftlicher Aktivität gemeint. Dieser Wettbewerb hält nach wie vor an. Der Dritte Systemwettbewerb hat gerade erst begonnen. Ob sich die Soziale Marktwirtschaft auch hier durchsetzt, wird die Zukunft zeigen. Unter anderem wird es davon abhängen, ob die Staaten Europas in der Lage sind, in Politikbereichen, in denen nationales Handeln nicht mehr ausreicht, effektiv zusammenzuarbeiten. Ein wichtiger Teil der tragfähigen Antworten auf die beschriebenen Herausforderungen wird in europäischen Lösungen liegen.

Ist die Soziale Marktwirtschaft ein Exportschlager oder ein Auslaufmodell? Das Wirtschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft ist zweifellos alles andere als ein Auslaufmodell. Die Bedeutung einer sinnvollen Balance von marktwirtschaftlicher Effizienz und sozialem Ausgleich steht heute stärker im Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Debatten als je zuvor. Die in Deutschland derzeit herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse zeigen recht deutlich, dass sowohl der Schutz des Wettbewerbs als auch Politiken für sozialen Ausgleich durchaus wirksam sind. Gleichzeitig wäre es überzogen zu behaupten, die Soziale Marktwirtschaft wäre ein Exportschlager. Andere Länder haben ihre eigenen Traditionen und Erfahrungen mit dem Versuch, Marktwirtschaft und akzeptable Verteilungsergebnisse miteinander in Einklang zu bringen. Vor allem die skandinavischen Staaten sind dabei sicherlich nicht weniger erfolgreich als Deutschland. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist eng mit der deutschen Nachkriegsgeschichte verbunden und insofern nicht ohne weiteres auf andere Länder übertragbar. Unter den herrschenden Bedingungen inklusives Wirtschaftswachstum, also ‚Wohlstand für Alle‘, wie Ludwig Erhard es genannt hat, zu erreichen, wird aber auch in Zukunft und nicht nur in Deutschland, sondern international, zu den zentralen Herausforderungen der Wirtschaftspolitik gehören.

²³ Vgl. Fuest (2018).



Literatur

- Autor, D., D.F. Dorn, L. Katz, C. Patterson und J. Van Reenen (2017), "The Fall of the Labor Share and the Rise of Superstar Firms", *CEP Discussion Paper* No. 1482.
- Boockmann, B., C.M. Buch und M. Schnitzer (2014), Evidenzbasierte Wirtschaftspolitik in Deutschland: Defizite und Potenziale, *IZA Standpunkte* Nr. 68.
- Braml, M. und G. Felbermayr (2018), „Regionale Ungleichheit der Arbeitsproduktivität in Deutschland und der EU: Was sagen die Daten?“, *ifo Schnelldienst* 10, 26-31.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017). *Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Daten online verfügbar unter: <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Service/Open-Data/opendata.html>.
- Deutsche Bundesbank (2017), *Monatsbericht* Dezember 2017.
- Erhard, L. (1957), *Wohlstand für Alle*, bearbeitet von Wolfram Langer, 8. Auflage, 1964, Econ-Verlag, Düsseldorf.
- Eurostat (2018), Harmonisierte Arbeitslosenquote nach Geschlecht - Alter 15-24, online verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&language=de&pcode=teilm021>.
- Fuest, C. (2018), Der Dritte Systemwettbewerb, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.07.2018, S. 18.
- Gutiérrez, G. und T. Philippon (2016), "Investment-less growth: An empirical investigation", *NBER Working Paper* No. 22897.
- Gutiérrez, G. und T. Philippon (2017), "Declining Competition and Investment in the U.S.", *NBER Working Paper* No. 23583.
- Gutiérrez, G. (2017), "Investigating Global Labour and Profit Shares", *NYU Working Paper*.
- Hampe, P. (2018), „Wie sozial ist die „Soziale Marktwirtschaft“? Eine Drei-Säulen-Interpretation“, *ifo Schnelldienst* 15, 12-17.
- Harberger, A. C. (1954), "Monopoly and Resource Allocation", *American Economic Review* 44 (2), 77-87.
- Müller-Armack, A. (1946/1990), *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, Kastell, Sonderausgabe, Kastell Verlag München.
- Monopolkommission (2018), *Wettbewerb 2018*, XXII. Hauptgutachten der Monopolkommission.
- Peichl, A., P. Hufe und M. Ungerer (2017), *Wohlstand für Alle: Wie inklusiv ist die Soziale Marktwirtschaft?*, Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung.
- Piketty, T. (2014), *Capital in the 21st Century*, Harvard University Press.
- Schuknecht, L. und H. Zemanek (2018), *Social Dominance*, *CESifo Working Paper* No. 6894.
- Schütz, G. und L. Wößmann (2005), „Wie lässt sich die Ungleichheit der Bildungschancen verringern?“, *ifo Schnelldienst* 21, 15-25.
- Smith, A. (1776/2007), *An inquiry into the nature and causes of the wealth of nations*, Meta Libri, online verfügbar unter: https://www.ibiblio.org/ml/libri/s/SmithA_WealthNations_p.pdf.
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2018), *Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2017*, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2018), *Soziale Wohnungspolitik*, 17. Juli 2018.

Präsidium:

Präsidentin: Dr. Patricia Solaro

Vizepräsidenten: MP a.D. Dieter Althaus, Marc E. Kurtenbach, Gerrit Riemer

Generalsekretärin: Dr. Birgit Ortlieb, Schatzmeister: Andreas Luckow

VR 20749 Amtsgericht Charlottenburg